

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Charlotte Antonia Neuhäuser, Desiree Becker, Gökey Akbulut, Jan van Aken, Janina Böttger, Maik Brückner, Katrin Fey, Vinzenz Glaser, Cansu Özdemir, Lea Reisner, Zada Salihović, Ulrich Thoden, Donata Vogtschmidt, Christin Willnat und der Fraktion Die Linke

Datenleck nach Cyberangriff und die Zusammenarbeit des UN-Welternährungsprogramms mit dem US-Unternehmen Palantir im Gazastreifen

Durch ein jüngstes Daten-Leak beim World Food Programme (WFP) durch einen Cyberangriff am 14. Mai 2026 (www.thenewhumanitarian.org/news/2026/06/02/data-600000-gaza-households-exposed-wfp-cyber-attack) wurden Namen, Telefonnummern und weitere hochsensible Daten von mehr als 600 000 Haushalten im Gazastreifen entwendet. Bei dem Leak handelt es sich um den bislang größten bekannten Datendiebstahl im humanitären System. Angesichts regelmäßiger israelischer Luftschläge stellen jegliche Daten, aus denen sich Wohnorte, Standorte oder Bewegungsprofile ableiten lassen können, ein massives Risiko für die Menschen in Gaza dar.

Daher scheint es umso unverständlicher, warum das WFP erst 14 Tage später die betroffenen Haushalte via Telegram-Nachricht zum Verlust ihrer Daten informierte. Die vielkritisierte Zusammenarbeit des WFP mit Palantir (www.devex.com/news/opinion-the-wfp-and-palantir-controversy-should-be-a-wake-up-call-for-humanitarian-community-94307), dem umstrittenen US-Unternehmen für Big-Data Analyse-Software, wirft weitere Fragen auf. Seit 2019 setzt das WFP zur Integration und Vernetzung seiner Daten auf die Dienstleistungen von Palantir, welche an anderer Stelle KI-gestützte (KI = Künstliche Intelligenz) Luftschläge des israelischen Militärs in Gaza ermöglichen (www.aa.com.tr/en/middle-east/palantir-ai-technologies-used-in-israeli-attacks-say-reports/3933223).

Wie das WFP mit dem Daten-Leak und der Kooperation mit Palantir umgeht, dürfte zum Präzedenzfall für den zukünftigen Umgang mit personenbezogenen Daten in der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe werden. Denn wenn der Zugang zur Grundversorgung an die Datenpreisgabe gekoppelt ist, besteht für Betroffene kaum echte Datenhoheit. Angesichts der zentralen Rolle des WFP als einer der größten Zuwendungsempfänger der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe und der mangelhaften Aufklärung durch das WFP steht die Bundesregierung als größter Zuwendungsgeber des WFP aus Sicht der Fragestellenden in besonderer Verantwortung.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wann wurde die Bundesregierung als wichtige Zuwendungsgeberin des World Food Programme über den Verlust personenbezogener Daten von 600 000 Haushalten in Gaza am 14. Mai 2026 informiert, der am 2. Juni 2026 nach Kenntnis der Fragestellenden auf journalistische Anfrage durch das WFP bestätigt wurde?
2. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über Art, Umfang und Kategorien der betroffenen Daten vor, etwa zur Nutzung durch militärische Akteure und Sicherheitsbehörden?
3. Welche Folgenabschätzung, insbesondere für die Sicherheit vulnerabler Personengruppen im Gazastreifen, wurde vonseiten der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Datenleck und der Zusammenarbeit von WFP und Palantir vorgenommen?
4. Welche Kenntnisse besitzt die Bundesregierung über die technische Systemlandschaft des WFP (insbesondere People Portal, Self Registration Application, SCOPE [Archivinformationssystem für digitale Langzeitar Archivierung] und DOTS [Data-Oriented Technology Stack]), und wie bewertet sie die Datensicherheit dieser technischen Systeme?
5. Welche Datenflüsse zwischen Registrierungs-, Fach- und Analyseplattformen bei technischen Systemen des WFP sind der Bundesregierung bekannt?
6. Welche Bundesmittel flossen seit 2019 in WFP-Programme im Gazastreifen, die digitale Registrierungs-, Verwaltungs- oder Analyseplattformen wie das vom Datenverlust betroffene People Portal nutzen (bitte nach Haushaltsjahren, Haushaltstiteln und Höhe der Mittel aufschlüsseln)?
7. Welche Auflagen zu Datenschutz, Informationssicherheit oder Daten-Governance waren nach Kenntnis der Bundesregierung mit diesen Zuwendungen konkret verbunden?
8. Welche unabhängigen Audits oder Prüfberichte wurden von der Bundesregierung im Rahmen der Mittelbewilligung in Frage 6 angefordert oder ausgewertet (bitte die beauftragten Stellen und Auftragnehmer nennen), und zu welchen Ergebnissen kamen diese Audits oder Prüfberichte?
9. Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung für zukünftige Förderentscheidungen, insbesondere im Hinblick auf Anforderungen an internationale Organisationen hinsichtlich Auditierbarkeit, Datenhoheit und Transparenz?
10. Welche Kenntnisse liegen der Bundesregierung über den Einsatz proprietärer (herstellerspezifischer) Datenintegrations- und Analyseplattformen im Rahmen der WFP-Programme vor?
11. Auf welcher Tatsachengrundlage bewertet die Bundesregierung die Risiken proprietärer Datenintegrationsplattformen generell im humanitären Bereich?
12. Wie bewertet die Bundesregierung die seit 2019 laufende Zusammenarbeit des WFP mit dem Software-Entwickler Palantir Technologies, angesichts bestehender Verträge mit dem israelischen Verteidigungsministerium als Konfliktpartei im Gaza-Krieg?
13. Welche Nachweise liegen der Bundesregierung darüber vor, dass Zweckbindung, Datenminimierung und Zugriffsbeschränkungen in der WFP-Zusammenarbeit mit Palantir Technologies eingehalten werden?

14. Beabsichtigt die Bundesregierung eine Zusammenarbeit mit Palantir Technologies im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit, wenn ja, welche, und wenn nein, warum nicht?
15. Beabsichtigt die Bundesregierung eine Zusammenarbeit mit Palantir Technologies im Rahmen der humanitären Hilfe, wenn ja, welche, und wenn nein, warum nicht?

Berlin, den 12. August 2026

Heidi Reichinnek, Sören Pellmann und Fraktion

